

**Klima** Ex-CSU-Chef Erwin Huber studiert jetzt – mit der Letzten Generation **Politik S. 3**

**Flucht** Wie eine tunesische Hafenstadt die Migration nach Europa sieht **Ausland S. 10**

**Glück** Wir suchen weiter – mit „Der kleine Muck“ und Jorge Bucay **Sommer-Serie S. 11, 17**

**Krimi** Mord in der Bretagne: Neun Buchempfehlungen für die Ferien **Literatur S. 20/21**

## Sind Tiere die besseren Menschen?

Wir halten uns für intelligenter als Oktopus, Fledermaus und Co. Neue Forschung zeigt: Das ist ein Irrtum **s. 6/7**



## Zeitenwende in Niamey

**Niger** Das vom Westen am stärksten hofierte Land in der Sahelzone hat seit Ende Juli eine antiwestliche Militärregierung. Wie das?

von Hans-Georg Ehrhart

**B**isher galt in einer krisengeschüttelten Region die Zusammenarbeit zwischen Regierungen in Niamey und westlichen Partnern als exzellent – besonders seit Mali nach zwei Militärcoups erst die Ex-Kolonialmacht Frankreich aus dem Land haben wollte, die UN-Mission MINUSMA samt Bundeswehrkontingent bis Ende 2023 zum Abzug aufforderte und sich russischen Beistands versicherte. Da die Wagner-Gruppe bereits in anderen afrikanischen Ländern aktiv ist, befürchten manche ein weiteres russisches Vorrücken in der einst französischen Domäne. Die US-Diplomatin Victoria Nuland war gerade in Niamey, um die neue Regierung dort vor einer Allianz mit Russland zu warnen. Schließlich ist Niger seit dem Rauswurf aus Mali die strategische Drehscheibe westlicher Sahel-Politik. Neben Frankreich (1,500) sind die USA (1.100), Italien (300) und Deutschland (100) militärisch präsent. Die Amerikaner betreiben dort eine ihrer größten Drohnen-Basen, Frankreich ist mit Spezialkräften aktiv, der Bundestag hat erst im April das Mandat für die neue Militärmisssion erteilt. Offiziell geht es um Anti-Terror-Kampf, innere Stabilität und die Abwehr von Migration. Zudem haben die nigrischen Uranvorkommen für die Atomkraft Frankreich Bedeutung. Der französische Konzern Orano kontrolliert große Teile des Abbaus, die geostrategischen Korrespondenzen also mit handfesten ökonomischen Interessen.

Bei Niger handelt es sich um eines der ärmsten Gemeinwesen weltweit. Die das Land passierenden Transportrouten nutzen Kriminelle, islamistische Kämpfer und Migranten auf dem Weg zur Mittelmeerküste. Die soziopolitische Melange aus Armut, Unterentwicklung, Gewalt und Kor-

ruption wird durch regionale Dynamiken begünstigt. Damit gemeint sind nicht zuletzt Drogenkartelle, die Westafrika als Transitkorridor nutzen, und islamistische Netzwerke, die dem Islamischen Staat oder al-Qaida nahestehen. Sie haben ihr Terrain in der Grenzregion zwischen Mali, Burkina Faso und Niger. Und dann wären da noch ethnische Konflikte als Ursache latenter Instabilität sowie bewaffnete Gruppen, die das Unvermögen des Staates auszunutzen, Sicherheit zu gewährleisten, und schnell als terroristisch eingestuft werden.

### Da Burkina Faso und Mali sich solidarisieren, droht ein Regionalkrieg

Der von den USA 2001 ausgerufenen „War on Terror“ und seine französische Spielart haben im Sahel das Gegenteil von dem erreicht, was sie wollten. Gab es 2002 und 2003 nur neun Terrorakte, so waren es 2022 allein in Mali, Burkina Faso und Niger fast 2.800. Auf von den USA trainierte Offiziere gingen seit 2012 sechs Militärcoups in Burkina Faso und Mali zurück, weiter die Beteiligung an Staatsstreichen in Gambia (2014) und Guinea (2021). Das Grundübel westlicher Sahel-Politik besteht darin, dass sie trotz anderslautender Rhetorik ihre Militärlastigkeit und Fixierung auf die jeweilige Regierung nicht zugunsten einer auf die Interessen der Menschen ausgerichteten Politik zu ändern vermag. Sie suggeriert eine Scheinwirklichkeit von Demokratie und Stabilität, während es in der mit einer anderen Wirklichkeit konfrontierten Bevölkerung gärt. Da verwundert es nicht, dass Teile davon einen Umsturz wie jetzt in Ni-

ger lautstark begrüßen. Die ihn tragenden Militärs stoßen sich an ineffizienten und deformierten staatlichen Institutionen. Dabei fällt auf, dass der Wille zum Wandel trotz jahrelanger intensiver Einflussnahme des Westens gereift ist, dem es hauptsächlich darum ging, in der Region nützliche Regierungen zur Wahrung eigener Interessen zu protegierten.

Entsprechend folgten auf den Militärsputsch in Niger umgehend harsche Reaktionen. Die USA und Frankreich drohten, die Zusammenarbeit zu stoppen, die EU setzte ihre Entwicklungshilfe aus, die Weltbank blockierte Zahlungen, Nigeria die Stromlieferungen. Die westafrikanische Regionalorganisation ECOWAS hat ein Wirtschaftsembargo verhängt und droht mit dem Einsatz von Gewalt, sollte die rechtmäßige Regierung nicht wieder eingesetzt werden. Doch die neuen Machthaber ließen das Ultimatum auslaufen, riefen die nigrischen Botschafter aus den USA, Frankreich und Nigeria zurück, kündigten Militärabkommen mit Paris, sperrten den Luftraum, befeuerten antifranzösische Stimmungen und riefen die Bevölkerung zum Widerstand auf. Da sich die Putschisten in Mali und Burkina Faso mit denen in Niger solidarisch erklärten, droht nun ein Regionalkrieg.

Angesichts anderer möglicher Partner bleibt Niger nicht völlig auf den Westen angewiesen, auch wenn das Land finanziell und wirtschaftlich stark vom Ausland abhängig ist. Sich dauerhaft zurückziehen, scheint für den Westen keine Option. Bleiben Intervention, Gegenputsch oder ein Arrangement mit den neuen Machthabern. Letzteres wäre für die USA und Frankreich wohl akzeptabel und würde zu den Avancen gegenüber der Zentralafrikanischen Republik passen. Dort billigt man die sich anbahnende zehnjährige Herrschaft von Präsident Faustin-Archange Touadéra, sofern der die Wagner-Leute hinauswurf. Ein starker Mann in Niger wäre dem „wertorientierten“ Westen durchaus lieb, solange er nur sein Mann wäre. Ob die Rechnung aufgeht, ist offen. Was auf jeden Fall bleibt, ist ein großer Scherbenhaufen.

Lesen Sie mehr zu Westafrika auf Seite 8

**Özge Inan** will im Gegensatz zu Nancy Faeser keine Sippenhaft

### Jetzt sollen Clanmitglieder abgeschoben werden? Die sind doch selten kriminell!

**E**s wird mal wieder abgeschoben. Die Süddeutsche Zeitung berichtet von einem Papier aus dem Bundesinnenministerium, in dem es heißt, „Angehörige von Gemeinschaften der Organisierten Kriminalität“ sollen „unabhängig von einer strafrechtlichen Verurteilung“ ihr Aufenthaltsrecht verlieren. Zur Vermeidung von Missverständnissen erklärte man gegenüber Bild, um wen es geht: den neusten Dorn im Auge des Volkskörpers, die „Clanmitglieder“.

Nicht etwa als Individuen. Sondern so, wie man sie sich nach einer gehörigen Springer-Dröhnung vorstellt: als zusammenklebendes Kollektiv. Selbst schuld, wenn die alle gleich auftreten, ruft das gesunde Volksempfinden dazwischen. Dicke Autos, dunkle Haare, dubiose Shisha-Bars – da weiß man schon, dass jeder Einzelne kriminell ist.

Wer Bedenken anmeldet, wo dieses Wissen herrührt, ist schnell mit dem Wort „weltfremd“ konfrontiert. Der Vorwurf sagt: Hier ist die Welt, das Wahre, das Faktische, Wittgenstein würde sagen, das, was der Fall ist. Und dort bist du, den Dingen, die der Fall sind, fremd. Aber was ist eigentlich der Fall?

Der Fall ist, dass aus Familien, die mit dem Begriff „Clan“ bedacht werden, Experten zufolge zehn Prozent oder weniger straffällig sind. Dies bitte im Hinterkopf behalten. Jetzt wird es theoretisch, aber das muss eine Demokratie aushalten. Organisierte Kriminalität ist gekennzeichnet durch eine arbeitsteilige Tatbegehung. Der Fall ist, dass es sich nicht um Organisierte Kriminalität handelt, wenn die Organisationsstruktur kein maßgeblicher Faktor in der konkreten Ausgestaltung der Tat ist.

In den „Lagebildern Clankriminalität“ der Landeskriminalämter, die die einzige empirische Grundlage der ganzen Debatte darstellen, sind Straftaten erfasst, bei denen dieser Organisationscharakter erklärungsbedürftig ist. In Berlin etwa bilden Straßenverkehrsdelikte die groß-

te Gruppe. Weiterhin finden sich Urkundenfälschung, Beleidigung, Beförderungserleichterung und Sexualdelikte. Mit anderen Worten: Was aus immer sich ein Mensch mit einem bestimmten Nachnamen zuschulden kommen lässt, fließt in diese Statistik mit ein. Durchaus auch Raubüberfälle, Betrug, Drogenhandel, Taten also, die organisiert durchgeführt werden können. Aber eben auch der 16-jährige Großcousin dritten Grades, der einmal zu oft ohne Ticket in den Zug steigt, und dessen 21-jähriger Bruder, der in einer Polizeikontrolle verbal ausfällig wird.

Solche Taten begehen Millionen Menschen auf der ganzen Welt tagtäglich. Der Fall ist außerdem, dass arabische und türkische Familien um 50 Prozent öfter sozioökonomisch prekär leben als deutsche. Der Fall ist, dass Armut und Ausgrenzung Kriminalität statistisch begünstigen, unabhängig von der Herkunft. Der Fall ist, dass mehr als die Hälfte aller Deutschen mit Migrationshintergrund schon einmal wütliche Polizeikontrollen erlebt haben – und die Wahrscheinlichkeit, erwischt zu werden, für schwarzhaarige Kriminelle höher ist als für blonde Kriminelle.

Wer meint, empirisch belastbar zu wissen, was Clankriminalität ist, der melde sich schleunigst bei seiner Landespolizei. Er hat nämlich extrem nützliche Geheimwissen. Aber Achtung: „Das weiß man doch“ und „Die kennt man doch“ ersetzen keine Datengrundlage über das, was der Fall ist. Wer sich dafür nicht interessiert, ist – weltfremd. Und gießt eimerweise Wasser auf die Mühen einer gefühlsindulgen, angstgetriebenen Debatte, an deren Ende Sippenhaft und willkürliche Deportationen stehen. Wehret den Anfängen.



Hegelplatz 1  
10117 Berlin  
FVSK AG 42828  
Englisch bezahlt  
DFPG v1